

Michael Sontheimer

Die taz - Auf dem Weg aus der Gegenöffentlichkeit in die selbstreferentielle Medienwelt

Das Gespräch fand am 1. Juni 1994 in Berlin statt

* * *

Ausgegrenzte Erfahrungen - Gegenöffentlichkeiten herstellen

RM: Die taz wurde im Juni 1979 gegründet im Anschluß an den legendären TUNIX- Kongreß in Berlin, bei dem offiziell der "Ausstieg aus dem Modell Deutschland" erklärt und in dessen Nachfolge eine Reihe alternativer Netzwerke aus der Taufe gehoben wurden. Ist die taz nur ein Produkt der Neuen Sozialen Bewegungen gewesen oder verdankt sich ihre Gründung zu einem Großteil auch jenem gegenöffentlichen Konzept, das Negt und Kluge zu Beginn der 70er Jahre entworfen hatten?

MS: Die taz wurde im Februar 1978 auf dem TUNIX-Kongreß in Anwesenheit von Vertretern bereits bestehender Alternativzeitungen der Öffentlichkeit vorgestellt. Diese Initiative von Christian Ströbele und anderen paßte perfekt in die Stimmung, die TUNIX hervorbrachte, der unter dem Motto der Bremer Stadtmusikanten: "Etwas Besseres als den Tod finden wir überall" stand. Tatsächlich erschienen aber mehrere tausend Leute, die die monotone Verbal-kritik der Linken und die defensiven Gefechte gegen Berufsverbote und andere Niederträchtigkeiten des Staates BRD endlich satt hatten und "etwas tun wollten". Die taz war der Versuch, eine Alternative zu den etablierten Medien zu schaffen und andere Arbeitsverhältnisse zu entwickeln.

Die Konzepte von Negt und Kluge spielten dabei überhaupt keine Rolle, denn die allermeisten von uns kannten sie überhaupt nicht oder nur vom Hörensagen. Wir, die wir damals die Gründung einer Tageszeitung ins Auge faßten, waren von dem pragmatischen Aktionismus der Alternativbewegung beseelt.

Anfänglich war gleichwohl der Begriff "Gegenöffentlichkeit" der dominierende in den Diskussionen. Es ging uns darum, Individuen, Dissidenten oder Gruppen der gesamten undogmatischen Linken und der Alternativbewegung die Möglichkeit zu geben, sich *unverfälscht* zu artikulieren. "Betroffenenberichterstattung" hieß das Stichwort dafür und der bürgerliche Journalismus war das passende Feindbild dazu.

RM: Wie stellte man sich denn die Realisierung eines solchen Gegen-Mediums vor? Den Verdankern Negt und Kluge ging es seinerzeit nicht um "blinden Aktionismus", sondern zunächst einmal nur um eine Veränderung der Blickrichtung nach unten zu den wirklichen Erfahrungen der Menschen, d. h. es ging um ein archäologisches Schürfen und Sammeln ausgegrenzter und unterdrückter Erfahrungen der Menschen, die in den öffentlichen Formen des bürgerlichen Establishments keinen Ausdruck fanden und die sie als proletarisch bezeichneten.

MS: Wir haben nicht mehr mit solchen Begriffen der marxistischen Klassenanalyse operiert und hielten auch nichts von einem Stellvertreterjournalismus für das Proletariat oder wen auch immer. Wir entstammten der linksradikalen und alternativen Gegenkultur der siebziger

Jahre, empfanden uns zwar als ohnmächtig, aber nicht als sozial Marginalisierte am unteren Rand der Gesellschaft. Und wir wollten uns nicht zuletzt selbst artikulieren. Die taz wurde dann ein komplementäres Medium. Sie informierte kaum aktuell, im Sinne eines zeitlichen Begriffes von Aktualität, sie hatte anfangs kein Büro in Bonn, sondern berichtete vor allem über Themen, die unserer Meinung nach bald von allgemeinem Interesse und allgemeiner Aktualität werden würden: Ökologie, Frauen, der Nord-Süd-Konflikt und alternatives Leben. Da weder für diese Themen, noch für die Milieus ein national verbreitetes Kommunikationsmedium existierte, haben wir die taz gegründet. Durch die beschriebene thematische Innovation, die wir durchaus strategisch kalkuliert hatten, konnte sie sich behaupten und bald auch andere Medien beeinflussen.

Um den Informationsfluß von der Basis in die Zeitung zu gewährleisten, hatten sich mehr oder minder selbsttätig in über dreißig Städten taz-Initiativen gegründet, die Kontakt zu Bürgerinitiativen, Feministinnen, Umweltschützern, alternativen Gruppen und sonstigen Aktivisten aufnahmen. Einzelne Mitglieder dieser taz-Initiativen schlossen sich wiederum zu thematisch definierten überregionalen Arbeitsgruppen zusammen, die die Macher der Zeitung ebenso unterstützen wie auch demokratisch kontrollieren sollten. Sobald allerdings die ersten "Betroffenenberichte" akquiriert waren, stellten sich sehr bald die ersten Schwierigkeiten ein. In den Augen der Redakteure waren sie meist zu subjektiv und uninformativ. Konflikte entwickelten sich, wenn beispielsweise eine taz-Initiative in Hannover einen Aktivistin einer Bürgerinitiative dazu gebracht hatte, einen Text zu schreiben, der von den Berlinern dann wegen seiner Unverständlichkeit nicht abgedruckt wurde.

Zu Beginn herrschte auch noch ein totaler Demokratieanspruch. In den ersten Nullnummern, die im Herbst 1978 produziert wurden, wurde jeder Artikel einzeln diskutiert und es wurde kollektiv darüber befunden, ob er abgedruckt werden sollte oder nicht. Diese Vorgehensweise stellte sich in kürzester Zeit als unpraktikabel heraus. Die Macht lag natürlich bei den Zeitungsmachern in Berlin und nicht bei den Arbeitsgruppen und Initiativen in Hamburg, Freiburg oder sonstwo. Erstere bestimmten, welche Artikel wann und in welcher Form erschienen. Der Anspruch, Medium einer vollkommen demokratisch organisierten Gegenöffentlichkeit zu sein, wurde immer schon von Kräften torpediert, die eine professionelle Zeitung machen wollten. Große Konflikte und Zerwürfnisse waren auf Grund dessen sehr schnell die Folge. Die taz-Inis starben, die taz lebte weiter.

RM: Ein "Gegenprodukt zu schaffen" bedeutete doch, sich auf die etablierten Markt- und Produktionsmechanismen einzulassen und sich den Spielregeln der Medienkommunikation zu unterwerfen?

MS: Der Prozeß des "Sich-Einlassens" auf Mechanismen des Medienmarktes und seiner Darstellungsweisen hat viele Jahre gedauert. Beispielsweise ist die Frage, ob in der taz Anzeigen abgedruckt werden sollten, jahrelang kontrovers diskutiert worden. Der Wunsch nach Unabhängigkeit von der Wirtschaft hat dazu geführt, daß das Anzeigengeschäft nicht aufgebaut worden ist - eine wirtschaftliche Hypothek für die taz noch heute. Ebenso hat es Jahre gedauert, bis die Trennung von Nachricht und Kommentar eingeführt wurde. Die Ablehnung des unserer ursprünglichen Meinung nach verlogenen bürgerlichen Journalismus führte dazu, daß in der taz gern aus einer Kurzmeldung ein Kommentar zum Weltgeschehen wurde. Dem Publikum schwappte ein Meinungsüberfluß entgegen, der zu lesen oftmals sehr ermüdend war. Letztlich hatte der Anpassungsprozeß an bestehende Medien- und Wahrnehmungsgewohnheiten aber wirtschaftliche Gründe. Mit einer Auflage von 20 000 Stück, die sie anfangs hatte, wäre die taz auf Dauer wirtschaftlich nicht überlebensfähig gewesen.

Von den Hunderten an Leuten, die in den Initiativen gearbeitet haben, hatten nur drei - ich gehörte dazu - bereits eine Tageszeitung von innen gesehen. Es existierten keinerlei Vorstellungen über die Sachzwänge, d. h. über die hohe Arbeitsteiligkeit und den immensen Zeitdruck, denen die Redaktion einer Tageszeitung ausgesetzt ist. Insofern war das Modell der überregionalen Arbeitsgruppen in Initiativen weltfremd und für die Tageszeitungsproduktion völlig unrealistisch.

RM: Von Anfang an sind, Sie haben es schon angedeutet, subjektiv bestimmte politische Ausdrucks- und Lebensformen umstandslos und unmittelbar in die kollektive Produktionsweise der Zeitung eingeflossen und haben lange Zeit ihr politisches Profil bestimmt.

Hat sich das Einbringen "lebendiger Arbeit" in den Produktionsprozeß bewährt? Hat sich die corporate identity "taz-Familie" als gewinnbringend für die Herstellung des Produkts und als fruchtbar für die Verfolgung politischer Ziele erwiesen? Oder hat sich die Produktion kollektiver Diskussions- und Lebenszusammenhänge insgesamt lähmend auf das gegenöffentliche Programm ausgewirkt und die Erweiterung und Umkehrung der Macht und ihrer Kommunikationsströme in der Medienlandschaft der Bundesrepublik langfristig geschwächt?

MS: Im nachhinein empfinde ich das Ganze als sehr ambivalent. Auf der einen Seite gab es eine Totalität von Leben und Erfahrung für diejenigen, die dabei waren. Viele Leute, die bei der taz arbeiteten, lebten in Wohngemeinschaften zusammen und entwickelten dadurch eine Intensität in ihren Beziehungen, die jemand, der tagsüber im Büro arbeitet und abends in sein Reihenhäuschen zur Familie fährt, niemals erlebt. Dadurch konnten aber auch Konflikte ungeheuer eskalieren. Private Konflikte überlagerten die politischen Konflikte und politische Konflikte schlugen in die zumindest partiell aufgehobene Privatsphäre durch. Auf der andere Seite entstand bei den Beteiligten natürlich eine hohe Identifikation sowohl mit dem Produkt als auch mit dem Kollektivzusammenhang. Sie hat erst die extreme Selbstaussbeutung - wir verdienten anfangs nur 800 DM netto im Monat - möglich gemacht. Insofern war der Kollektivzusammenhang zwar gelegentlich lähmend für die Arbeit, aber doch konstitutiv für die taz als Projekt der Gegenöffentlichkeit.

Auf Dauer war aber diese Intensität nicht lebbar. Viele haben sich nach einiger Zeit gelöst und versucht, sich ein Leben jenseits der taz zurückzuerobieren. Andererseits kamen fast alle Leute aus politischen Initiativen. Sie hatten eine politische Biographie mit vielen Kontakten oder kamen aus der Gegen- oder Subkultur. Mittlerweile hat sich dies völlig verändert. Taz-Redakteure leben kaum mehr in den bewegten und etwas bewegenden Milieus, sie haben keine engen Kontakte mehr zu ihnen und wissen oft nicht mehr, wo es gärt oder wo sich politisch-kulturell etwas entwickelt. Sie leben wie andere Redakteure auch, ziemlich abgeschnitten vom wirklichen Leben.

RM: Warum war und ist es denn so schwer, in Kollektiven und/oder politischen Bewegungen die richtige Balance zwischen Distanz und Nähe zu finden? Lehren uns solche Erfahrungen die Vorteile und den Nutzen schätzen, den anonyme und formelle Arbeitsstrukturen besitzen, die von allzuviel Enge und Privatheit entlasten?

MS: Die Erfahrung der Totalität und Überidentifikation des kollektiven Arbeitens brachte einen nicht dazu, sich gleich anonyme und formelle Beziehungen und Strukturen zu wünschen, aber es entstand doch eine Sehnsucht, nach zivilen, durchaus bürgerlichen Umgangsformen, die von gegenseitigem Respekt geprägt sind. Daß sich diese nach wie vor nicht durchgesetzt haben, konnte ich bei meiner Abberufung aus der taz-Chefredaktion erleben. Linke haben sich schon immer durch Stillosigkeit ausgezeichnet.

RM: Hat sich im taz-Betrieb mit allen seinen selbstverwalteten Regularien, den häufigen Plena, Rechtfertigungszwängen und political correctness Debatten nicht insgeheim sogar ein ganz perfides Machtsystem entwickelt, das dem Überwachungs- und Kontrollverfahren panoptischer Systeme nicht ganz unähnlich ist?

MS: Die Selbstverwaltung hat viele Energien aufgezehrt. Das Fehlen formeller Hierarchien führte zur Bildung informeller Seilschaften. Niemand konnte für Fehler verantwortlich gemacht werden. Nach vier Jahren habe ich erstmal bei der taz aufgehört, weil ich die Selbstverwaltung als extrem ermüdend und zeitkonsumierend erlebte. Pro Woche fand ein Plenum statt. Die Anwesenden faßten Beschlüsse, die von den anderen das nächste Mal wieder umgeworfen wurden. Unentwegt mußte man sich mit Problemen beschäftigen, mit denen man sich gar nicht beschäftigen wollte, und konnte sich viel zu wenig auf seine eigentliche Arbeit konzentrieren.

Diejenigen, die ihren Arbeitsbereich nicht sehr ernst genommen haben, hatten natürlich genügend Zeit und Energie, auf den komplizierten Wegen der "Machtpolitik", Vorschläge vorzubereiten, Fraktionen zu bilden und bestimmte Dinge durchzusetzen. Nach ein paar Jahren habe ich die Situation bei der taz mit feudalen Strukturen verglichen. Beispielsweise waren die einzelnen Bereiche und Ressorts sehr autonom, genossen Personalhoheit und konnten jeweils ihre Spezies aus den einzelnen homogenen Milieus einstellen. In der Regel wurstelte jeder Bereich so vor sich hin und war froh, in Ruhe gelassen zu werden. Die Folge war, daß sich die Partikularinteressen bestens organisierten, aber keine Instanz existierte, die das Gemeinwohl des Projekts im Auge gehabt hatte. Die Geschäftsführung war damals zu schwach, um wirtschaftlich sinnvolle und notwendige Dinge durchzusetzen, eine Chefredaktion gab es gar nicht. Ein perfides Machtsystem konnte nicht entstehen, weil viele kleine Machtzentren eine Balance herstellten.

RM: Gibt es eine spezifisch masochistische Lust an Selbstzerfleischung, die bei den Linken besonders weit fortgeschritten ist?

MS: Nein. Diese Umgangsformen finden wir auch bei den Rechten, wenn sie sich streiten, ihren Profilneurosen frönen und Fraktionen bilden. Ein spezifisch linkes Problem ist vielleicht, daß es auch eine Lust gibt, politische Debatten ausufernd zu führen und sie mit unnötiger Schärfe aufzuladen. Auch wenn die Organisationsformen ein Projekt der Nach-68er Linken und der Alternativbewegung waren, so ist das Durcheinander nichts spezifisch Linkes gewesen, sondern durch die unklaren Strukturen und die große personelle Fluktuation hervorgerufen worden.

RM: Trotzdem erstaunt, daß bei Befragungen der Mitarbeiter das Motiv, einen repressionsfreien Arbeitsplatz zu haben mit weitgehender autonomer Selbstbestimmung, alle negativen Erfahrungen, die Sie erwähnt haben, überdecken konnten und diese Solidarität über 15 Jahre lang durch alle Klippen der Geschichte hindurch gehalten hat. Noch die geschäfteten, vertriebenen oder freiwillig ausgeschiedenen KollegInnen bleiben der taz irgendwie freundschaftlich verbunden oder kehren wieder zu ihr zurück.

MS: Die monotonen Klagen über die Arbeitsverhältnisse waren und sind auch deshalb so stark, weil viele Mitarbeiter noch nicht bei einer anderen Zeitung oder in anderen normalen Betrieben gearbeitet haben. Sie nehmen bestimmte Belastungen, die die Arbeit in Zeitungen mit sich bringt, als spezifische Plage der taz wahr. Sie wissen gar nicht, welche Konkurrenz,

Unoffenheit und kalte Umgangsformen woanders herrschen. Deswegen muß man die Klagen immer relativieren.

Warum die taz Identifikationsobjekt geblieben ist, liegt zunächst an der großen historischen Leistung, die Chuzpe zu haben, ohne einen großen Verlag in einer Medienlandschaft, die sich dadurch auszeichnet, daß der Konzentrationsprozeß voranschreitet und immer mehr Zeitungen eingehen, und ohne jede Ahnung und Geld, eine Zeitung mit einer ganz anderen Organisationsstruktur zu gründen. Und daß diese Zeitung so lange überlebt hat und inzwischen die fünfthäufigst gelesene Zeitung unter Journalisten ist, das ist ein enormer Erfolg. Dazu einen kleinen Beitrag geleistet zu haben, darauf kann man stolz sein.

RM: Gibt es vielleicht einen besonderen Geist, der sich bei den Mitarbeitern formiert, sie durchdringt und dieses "Wir-Gefühl" verursacht hat?

MS: Einen "Geist" würde ich nicht bemühen, aber das Arbeiten in der taz ist lockerer, man duzt sich und trotz formaler Hierarchisierung ist die taz noch ein vergleichsweise beweglicher, offener und lebendiger Laden geblieben. Es wird viel gelacht und das Unruhige und Chaotische dort unterscheidet die taz stark von anderen Zeitungen und deren Redaktionen, die seit Ende der vierziger Jahre kontinuierlich vor sich hinarbeiten und kaum veränderbar sind.

Entsteht eine neue Gegenöffentlichkeit - rechts?

RM: Warum ist die taz kein echtes Kommunikationsmedium geworden? Soweit ich weiß, gab es zu Beginn durchaus Vorstellungen über eine Aufhebung der Trennung von Kommunikator und Rezipient, über die Herstellung von Authentizität und die Verbindung von Kommunikation und Aktion?

MS: Schon bei Gründung der taz gab es die Fraktion, die die Einrichtung von Initiativen für Mumpitz hielt und gesagt hat: Die Zeitung wird von denen geprägt, die sie machen. Wir bestimmen über den Inhalt der Zeitung und nicht irgendwelche Initiativen, Leser oder politische Gruppen, die uns unter Druck setzen. Eine Zeitung ist dazu da, Nachrichten zu produzieren, sie ist nicht Sprachrohr redaktionsfremder Personen. Erst in langen leidvollen und spannungsreichen Auseinandersetzungen mit bestimmten Lobby-Gruppen hat sich dieses Verhältnis in Form gegenseitiger Abnützung und Abnervung langsam geklärt. Die politischen Gruppen sind an dieser Zeitung verzweifelt, bis sie einsehen mußten, daß ihre Erklärungen oft einfach nicht abgedruckt werden. Auf diese Weise hat sich die taz von den Bewegungen distanziert und fortentwickelt. Die politischen Gruppen haben sich nicht mehr mit ihr identifiziert oder sie als ihr Werkzeug betrachtet. Ein Kommunikationsmedium zu sein für Mili-eus und Individuen, die von der etablierten Öffentlichkeit ausgegrenzt werden, war nie die vorherrschende Perspektive. Immer schon gab es auch traditionelle Vorstellungen über die Aufgabe einer Zeitung.

RM: Viele Themen der Gegenkultur sind in die bürgerliche Öffentlichkeit diffundiert und werden dort von den etablierten Medien jetzt aufgegriffen und forciert.

Hat sich die bürgerliche Öffentlichkeit durch sie verändert? Oder haben ihre Anliegen und Aktionen allenfalls das Meinungsspektrum der bürgerlichen Öffentlichkeit erweitert?

MS: Eine Zeitung ist stets Ausdruck gesellschaftlicher, kultureller und politischer Entwicklungen. Die Vorstellung, eine Zeitung habe eine avantgardistische Funktion, indem sie politische Prozesse initiiert und steuert, ist naiv. Sie überschätzt die Macht von Zeitungen bzw. Medien. Deswegen haben wir auf bestimmte Themenfelder, die schon von sozialen Bewegungen angelegt waren, gesetzt. Natürlich wurde uns schnell klar, daß diese Themen ganz flink von den linksliberalen Medien mit viel Geld und professionellen Journalismus aufgegriffen werden würden. Wir hatten auch ein ambivalentes Verhältnis zu diesem Thementransfer. Dennoch haben wir sie strategisch gesetzt und sind mit einer mickrigen Auflage zum Transmissionsriemen verkannter und verschütteter Themen geworden. Die etablierte Öffentlichkeit hat sich dadurch nicht entscheidend verändert, sie hat sich lediglich thematisch ein wenig modernisiert.

RM: Wenn sich die klassischen Öffentlichkeiten für das Verdrängte und Verschüttete geöffnet haben, und wenn sich viele Themen und unterdrückten Erfahrungen jetzt in der bürgerlichen Öffentlichkeit wiederfinden, heißt das auch, daß sich das gegenöffentliche Konzept eine Illusion, ein Phantasma war, und sich jetzt von selbst erledigt hat?

MS: Beim Thema Ökologie zeigt die taz in vielen Positionen bis heute eine sinnvolle und notwendige Radikalität, die Sie bei anderen Zeitungen nicht finden. Deshalb kommt es zwar auch auf die Okkupation der Themen durch bestimmte Medien an, aber mehr noch auf deren politische Einordnung und Darstellung in den Medien.

Das Konzept der Gegenöffentlichkeit war zwar zum Teil schlicht unpraktikabel, aber keineswegs eine Illusion oder ein Phantasma. Und die Tatsache, daß die taz sich davon fortbewegt hat und zum unverzichtbaren Bestandteil der etablierten Öffentlichkeit geworden ist, heißt nicht, daß es heute keinen Bedarf mehr an Medien gibt, die vorrangig Gegenöffentlichkeiten herstellen wollen. Allein in Ostberlin sind 50 Häuser besetzt. Nur die taz deckt diesen Bereich kaum mehr ab. Sie hat keinen Kontakt mehr zur Szene. Diese Funktion üben heute - wieder - Stadtteilzeitungen oder kleine Bewegungsblätter aus.

Die taz ist parallel zu den 'Grünen' gegründet worden. Sie war das Medium, in dem 'die Grünen' sehr viel diskutiert haben. Die Grünen haben sich etabliert und auch angepaßt und mit ihr die taz und ihr Publikum. Eine etwas radikalere Partei würde heute wieder Sinn machen, und die taz sollte versuchen, einen Draht zu den Milieus zu bekommen, wo etwas Neues gedacht wird, das für den Rest der Gesellschaft interessant sein könnte. Aber mit einer sehr knapp besetzten Redaktion, die aus einer anderen Lebenswelt kommt und erschöpft aus ihren Büros nach Hause wankt, ist das relativ schwer zu leisten.

RM: Wenn die Idee, Gegenöffentlichkeiten herzustellen, noch nicht tot ist, wie könnte denn Gegenöffentlichkeiten reaktiviert werden und in welchem organisatorischen Rahmen müßte sie stattfinden?

MS: Meiner Meinung nach macht Gegenöffentlichkeit vor allem als ein lokales bzw. regionales Konzept Sinn. Verschiedene politische Gruppen in einer Stadt schließen sich zusammen und machen eine Zeitung. Die Frage ist, ob ein nationales Medium, das dem Zeitdruck einer Tageszeitung unterliegt, diese Tradition der Gegenöffentlichkeit überhaupt sinnvoll weiter entwickeln kann, oder ob der Bruch mit den überschaubaren lokalen Zusammenhängen nicht dazu führt, daß wichtige Momente dieses Konzepts den Bach hinuntergehen.

Vielleicht gibt es aber auch tatsächlich nicht mehr einen solchen Bedarf nach alternativer Öffentlichkeit im Stile der siebziger Jahre. Man darf nicht außer acht lassen, daß es virulente soziale Bewegungen, die wie in den späten siebziger bis Mitte der achtziger Jahre eine Auf-

bruchsstimmung erzeugen, heute in dieser Form schlicht nicht mehr gibt. Es herrscht doch weitgehend Resignation.

RM: So mancher spricht heute gern von einem linksliberalen Hegemonialdiskurs, der sich im Zuge der 68er Bewegung durch die und in den Medien gebildet hat. Führt die Okkupation der Öffentlichkeit durch diesen Diskurs nicht zwangsläufig zur Abwanderung der gegenöffentlichen Idee in die "rechte Ecke"? Entsteht aufgrund der Marginalisierung rechter Themen nicht ein rechter Gegendiskurs, der sich gegenöffentliche Strategien und Taktiken zu eigen macht, das technische Potential der neuen Medien nützt und die Möglichkeiten der Vernetzung für die kollektive Organisation unterdrückter Gefühle und Erfahrungen in Anschlag bringt?

MS: An dieser These ist sicher was dran. Fanzines kommen aus der Gegen- bzw. Punk-Kultur und wurden irgendwann auch von Skins bzw. den rechtsradikalen Musikgruppen produziert. Bestimmte Parolen oder Gesten des Rebellischen sind auch bei den Rechten virulent. In dem Wunsch nach Rebellion unterscheiden sich junge Nazis wenig von jungen Autonomen. Ein anderes Beispiel ist die "Junge Freiheit". Dieses vermeintlich etwas niveaullere rechtsextreme Blatt hat eiskalt die clevere Marketingstrategie der taz, nämlich den Kettenbrief, bis ins Lay-out übernommen und will sich als rechte taz etablieren.

Der taz kann man aber wirklich nicht anlasten, daß sie durch Ausgrenzung rechtsradikale Gruppen dazu gebracht hat, mit ähnlichen Strategien zu operieren. Die taz hat immer sehr genau und mit einer Position moralischer Ablehnung über Rechtsradikale berichtet. Viele Rechtsradikale lesen dennoch die taz, weil dort sehr viel und informativ über sie berichtet wird.

RM: Die Berichterstattung der taz meinte ich gar nicht, vielmehr bestimmte Themenfelder, über die die öffentlich-rechtliche Öffentlichkeit in einer bestimmten bereinigten und geschönten Art und Weise berichtet oder gar nicht berichtet haben, vielleicht aus Angst, den gesellschaftlichen Konsens zu gefährden. Die Vielzahl der Neugründungen rechter Zirkel und publizistischer Organe (Etappe, Criticon, Staatsbürger usw.) zeigt doch, daß offensichtlich ein Informationsloch entstanden ist, ein Kommunikationsbedürfnis, das von den Etablierten nicht erfüllt wird.

MS: Das erinnert mich an die Argumentation von Rechten, daß die linken Lehrer mit ihrer antifaschistischen Einstellung daran Schuld sein sollen, daß ihre Schüler an der NSDAP gefallen finden.

RM: Welche Bedeutung kommt heute denn überhaupt noch der Links-Rechts-Konfiguration zu? Inwieweit bestimmt dieses constraint noch die Informationsauswahl und -weitergabe? Taugt die Links-Rechts-Konfiguration überhaupt zu mehr als zur binären Codierung, um das order from noise Problem der elektronischen Kommunikation einigermaßen zu lösen?

MS: Die Begriffe links-rechts machen für mich nach wie vor Sinn. Diejenigen, die diese Begriffe für untauglich und überholt halten, um politische Positionen zu verorten, sind im Grunde Rechte, aber wollen dies nicht zugeben. Wie ernst man die soziale Frage nimmt, oder wie weit man eine Kontrolle der Wirtschaft befürwortet oder nicht, sind zum Beispiel Fragen, die sich sehr wohl nach diesem Schema ordnen lassen. Einer Allensbach-Umfrage zufolge ordnen 97% aller Deutschen politische Fragen nach links-rechts Parteien und Positionen ein. In diesem Spektrum wird die taz mit Recht als linke grüne Zeitung angesehen.

Für die taz ist es lebensnotwendig, einen "anderen Blick" auf die Politik der Gesellschaft zu werfen als es andere Zeitungen tun. Sie muß das "Andersartige" betonen statt eine linksliberale Zeitung wie die Süddeutsche Zeitung werden zu wollen. Kapitalismuskritik muß in der taz zu finden sein, selbst wenn - oder gerade wenn die Linke als politische Kraft kaum mehr existiert. Meiner Meinung nach muß die taz eine radikale Oppositionszeitung sein und darf nicht zum Regierungsblatt werden, das herrschende Politik affirmativ beschreibt.

RM: Worin besteht denn heute dieser "andere Blick" der taz? Was sollte denn den Leser dazu verführen, die taz zur Hand zunehmen, um darin Außergewöhnliches oder querliegend zu dem, was in den anderen Medien steht, zu finden? "Andersheit" und "Unruhe" - nur noch Worthülse und Reklamegag, um der Konkurrenz auf dem Zeitungsmarkt zu widerstehen?

MS: Das ist ein Problem. Die taz hat sich zu sehr der Gewichtung und auch Sprache von dpa angepaßt. Taz-eigene Geschichten sind zu wenig im Blatt. Auch wenn die anfängliche Radikalität und Subversivität abhanden gekommen sind, gibt es aber noch immer eine bestimmte Ironie bei der taz und gelegentlich einen "weiblichen Blick" auf die Männerpolitik und die dort übliche Männerbündelei.

Diese "Andersartigkeit" ist ein Wollen und Trachten. Das häufige Scheitern kann man im Blatt beobachten. Für den, der sich in der selbstreferentiellen Medienwelt bewegt, ist es sehr schwierig, immer wieder einen Schritt zurückzutreten und sich jeden Tag von neuem zu überlegen, was er denn heute "anders" machen könnte. Über diesen Anspruch gibt es aber durchaus Kontroversen und Differenzen. Elke Schmitter und ich haben nach der Wahl in Niedersachsen, als die SPD gewonnen hatte und die Politiker entsetzlich langweilige Statements abgaben, als Titel für den Aufmacher auf der Seite 1 vorgeschlagen: "Heute keine Schlagzeile". Da der zuständige Redakteur diese Schlagzeile für das Allerletzte hielt und für etwas Konventionelles war, mußten wir, die für das Unkonventionelle eintraten, ihn anweisen. Damit will ich sagen: Es gibt eine gewisse Angst, belächelt und nicht ernst genommen zu werden, wenn man etwas Verrücktes macht. Man will sich nicht aufs Glatteis begeben und ein Risiko eingehen. Mittlerweile ist der Rationalisierungsprozeß bei der taz auch so weit fortgeschritten, daß bei der Kürze der Zeit, in der man am Bildschirm eine Seite macht, der Surplus oder das Luxurierende, das man braucht, um Unkonventionelles herzustellen, kaum gegeben ist.

Das Medium ist die Botschaft

RM: Damit sind wir beim Thema. Schneller als gemeinhin von einem linken Print-Medium erwartet wird ist die taz auf den technologischen Zug aufgesprungen und hat damit der sprichwörtlichen Technikfeindlichkeit der Linken Lügen gestraft. Mittlerweile hört man, daß die taz, was die Elektronifizierung der Berichterstattung, der Produktion und des Vertriebs angeht, inzwischen eines der modernsten Verlagshäuser in Deutschland ist.

MS: Eine Technikfeindlichkeit hat es nie gegeben. Als die taz gegründet wurde, war klar, daß die Computerisierung der Zeitungsproduktion anstand. Photo- und Lichtsatz waren die zukünftigen Technologien. Und sie wurden prompt angeschafft. Die taz war auch die erste Zeitung in Berlin, die ihre Journalisten mit den Vorläufern der Laptops und der Datenfernübertragung ausgestattet hat. Sie war und ist technische Avantgarde in der Branche; inzwischen montieren die Lay Outer die Seiten am Computer und die Daten, in denen sich dann ihre Arbeit materialisiert, werden mittels Ganzseitenübertragung mit integrierter Bildübertragung innerhalb von Sekunden in die beiden westdeutschen Druckorte nach Frankfurt und bei

Hamburg transferiert. Die EDV-Abteilung hat eine Volltext-Datenbank mit einem versierten Suchsystem entwickelt. Demnächst sind sämtliche Artikel, die in der taz seit 1988 erschienen sind, allen Interessierten, die über einen Computer und ein Modem verfügen, zugänglich.

RM: Wie hat denn dieser Einsatz modernster Techniken und Technologien die traditionelle Zeitungs- und Nachrichtenproduktion verändert?

MS: Einen direkten Einfluß auf die Inhalte der Zeitung sehe ich nicht. Die neuen Techniken erlauben eine größere Produktionsgeschwindigkeit und ein Hinausschieben des Redaktionsschlusses um mehrere Stunden. Entfremdete Tätigkeiten, wie das Abtippen von Manuskripten, entfallen, weil die Texte per Modem oder die Agenturmeldungen über Satellitenschüssel sofort in den Rechner laufen und dort vom Redakteur am Bildschirm bearbeitet werden können. Problematisch finde ich nur, daß die perfekte Form am Computerschirm oder im Computerausdruck leicht dem Schreibenden suggeriert, auch der Inhalt sei perfekt, oder daß das Schreiben am Computer dazu verleitet, erst zu schreiben und dann zu überlegen statt umgekehrt.

RM: Speziell im Falle der taz muß man sich aber doch fragen, ob mit der Technisierung des Berichterstattung durch neuartige Redaktions-, Nachrichtenübermittlungs- und Verteilsysteme, mit der Abhängigkeit von Rechnerprozessoren und digitalen Systemen, nicht Inhalte und Ziele autonomer Öffentlichkeiten, die Vermittlung authentischer Ausdrucksmöglichkeiten, auf der Strecke bleibt? Denn wo Glasfaserkabel liegen, ist bekanntlich ein gehaltvoller Austausch zwischen Subjekten, das Werden eines lebendigen Zusammenhangs im Sinne Alexander Kluges nicht mehr möglich.

MS: Wenn zwei Hacker mittels eines Glasfaserkabels und ihrer Computer in einen Dialog treten, kann der schönste herrschaftsfreie Diskurs daraus werden. Mal abgesehen von der Frage, ob es sich um interaktive oder one-way-Medientechnologien handelt, das Entscheidende ist doch die Verfügungsgewalt über Kommunikationsmittel. taz-Redakteure hatten und haben ein funktionales Verhältnis und eine pragmatische Einstellung zur Technik. Sie wollten und wollen die Techniken nutzen und sie nicht in allen ihren Einzelheiten verstehen. Computer sind Werkzeuge. Alles andere ist uninteressant. Insofern unterscheiden sich die taz-Redakteure von den Theoretikern der 68er. Die Zeitung soll billig sein. Dafür müssen bestimmte Arbeiten und Arbeitskräfte eingespart werden. Und es kommt auf Schnelligkeit und Beweglichkeit an. Allein schon die Technikbegeisterung mancher Leute ließ und läßt Diskussionen darüber erst gar nicht aufkommen.

RM: Schön! Dann möchte ich es noch einmal anders probieren. Entgegen ihrem Selbstverständnis ist inzwischen auch die taz dazu übergegangen, ihr Material zu einem hohen Prozentanteil von gut organisierten Informationsproduzenten und -händlern zu beziehen und Informationen wie Waren einzukaufen. Damit hat sie sich meilenweit von ihrer ideologischen Ausrichtung entfernt, wonach die Information keine Ware, sondern eine politische Erfahrung ist.

MS: Ohne Agenturen kann man heute keine Tageszeitung machen. Eigenberichte aus aller Welt zu bekommen und für alles eigene Schreiber zu beschäftigen ist sehr teuer, vor allem dann, wenn man einen großen Auslandsteil in der Zeitung haben will. Richtig ist, daß der Anschluß an professionelle und kommerzielle Kommunikationskanäle die Themenauswahl prägen und diese Präferenzen auf die Haltung und Sprache abfärben. Man läßt sich davon beein-

flussen und es kostet unerhört viel Mühe und Selbstreflexion, diesen Schritt zurückzumachen. Im hektischen und atemlosen Prozeß des Tagesgeschehens zu überlegen, ob das, was dpa oder andere Agenturen für wichtig halten, auch tatsächlich wichtig ist, das ist oftmals kaum möglich. Die taz-Redaktion wird davon oft überrollt.

RM: Diese Abhängigkeit von den großen Agenturen, wie weit geht die denn inzwischen? Und inwieweit wird dadurch der freie Zugang zu Informationen beschränkt?

MS: Ich würde mal schätzen, daß nur maximal dreißig Prozent der Texte in der taz direkt von Nachrichtenagenturen übernommen werden, bei dem Rest handelt es sich um Eigenberichte, die sich allerdings auch zumindest teilweise aus Informationskanälen jenseits der konkreten Anschauung nähren. Aber Agentur ist nicht gleich Agentur. IPS zum Beispiel, eine internationale Dritte-Welt-Agentur, die der taz-Redaktion zur Verfügung steht, würde ich als alternative Informationsquelle einstufen.

RM: Wird es aufgrund der Schnelligkeit des Datentransfers nicht immer schwieriger, ja sogar unmöglich, Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt oder ihre reale Präsenz zu überprüfen? Die Zunahme von fakes - denken wir nur an die prominentesten, den Golfkrieg oder den Bosnienkrieg - ist doch eklatant.

MS: Die Übermittlungstechniken sind schneller geworden. Die Verifizierung oder das Nachrecherchieren jeder aktuellen Nachricht ist für eine Tageszeitung kaum machbar und es wäre auch ein irrsinniger Aufwand. Investigativer Journalismus ist eher die Aufgabe von Wochenzeitungen oder einzelnen Reportern von Tageszeitungen, die dafür Zeit haben. Aber das Problem der Beschleunigung finden wir bei den elektronischen Medien und dem Fernsehen in viel höherem Ausmaß. Tageszeitungen geraten doch vor allem deshalb in die Krise, weil sie in der puren Nachrichtenübermittlung mit den elektronischen Mittlern nicht mehr mithalten können. Nicht einmal eine Regionalzeitung kann mit der Spätausgabe der tagesschau konkurrieren. Wie die Tageszeitungen auf den Verlust dieser Funktion reagieren werden, ist eine spannende Frage. Bislang haben sie dieses Problem eher verdrängt. Bei der taz wird aus der Not eine Tugend gemacht. Sie zielt mehr auf Meinungen und Hintergrundberichte ab und berichtet nicht mehr nur, was passiert ist, sondern warum etwas passiert ist. Die blanken Nachrichten kennt das Publikum zumeist. Neil Postman hat das Stichwort vom "kulturellen Aids" in Gestalt der Informations-Überflutung geprägt. Die Printmedien müssen sich deshalb darauf besinnen, daß sie besonders für den Rationaldiskurs geeignet sind, d.h. für Meinungen, Analysen, Interpretationen und nicht, wie das Fernsehen, für Emotionen. Dem Publikum Rüstzeug und Hilfestellung zu bieten, um in dieser Informationsflut überhaupt noch Ereignisse oder Sachverhalte selektieren und sie moralisch oder ideologisch einordnen zu können, darin besteht für mich die Zukunft der Zeitungen.

RM: Welche Konsequenzen hat es für die Demokratie, wenn die elektronischen Bedingungen der Echtzeit-Kommunikation die Nachrichtenproduktion diktieren, der Bruchteilenvorsprung vor der Konkurrenz zum Dogma der Auflagenentwicklung wird und das verstandesmäßige Abwägen und Fällen von Urteilen und Entscheidungen dem Zeitdiktat unterliegt? Wird dadurch die Demokratie nicht auf dem Altar der Information geopfert, wie Baudrillard verkündet?

MS: Seit der Privatisierung der elektronischen Medien Mitte der achtziger Jahre hat sich beim Niveau und den Ansprüchen der Berichterstattung eine Anpassung nach unten durchge-

setzt. Auch bei den Printmedien gibt es kaum noch Verleger, die aufklären wollen. Immer größer werdende Medienkonzerne begreifen Zeitungen vor allem als Profitcenter. Sie haben keine publizistischen Ambitionen mehr und wollen auch keine gesellschaftliche Verantwortung mehr übernehmen. Für sie geht es um Marktsegmente und um das Anzeigengeschäft. Die fortschreitende Medienkonzentration und vor allem die Tatsache, daß es in Deutschland keine gesetzlichen Regelungen über das Verbot eines gleichzeitigen Eigentums an elektronischen Medien und Printmedien gibt, ist für die Demokratie in der Tat bedrohlich.

RM: Medien und deren personifizierte Vertreter, die Journalisten, reagieren heute in aller Regel nicht auf Veränderungen in der Wirklichkeit, sondern auf andere Medien. D.h. im Zentrum der journalistischen Tätigkeit steht hauptsächlich das heftige Rezipieren der Konkurrenzmedien. Damit schneiden sie sich aber automatisch und freiwillig von den subjektiven Ausdrucksformen der Menschen ab und zeichnen sie allerhöchstens noch selbstreferentiell auf. Ein Rückbezug auf die Subjektivität und die Intimität, wie sie Alexander Kluge fordert, um die Öffentlichkeit als ein nicht zu verhöckerndes Gemeingut substanzreich zu machen, ist damit aber nicht mehr gegeben. Trotzdem sind Journalisten und Redakteure überzeugt, auch weiterhin exklusiven Zugang zur Wirklichkeit haben und die Realität abbilden. Ein Bewußtsein über die technischen constraints, die Wirklichkeitswahrnehmungen strukturieren und Wirklichkeitskonstruktionen bestimmen, haben sie in aller Regel nicht.

MS: Das ist richtig. Wenn am Abend in den tagesthemen, die die meisten taz-Redakteure in der Redaktion konsumieren, furchtbare Bilder aus Sarajewo, Südsudan oder irgendeinem Bürgerkrieg liefern, dann wurde am nächsten Morgen in der Redaktionskonferenz meist vorgeschlagen, daß darüber wieder berichtet werden müßte. Offensichtlich werden die Prioritäten der Journalistinnen und Journalisten bei der Themenauswahl durch andere Medien geprägt. Zum Glück ist Sarajewo nicht die Lebenswelt, in der sich taz-Redakteure bewegen. Sie müssen deshalb ihre Information über andere Medien beziehen. Das heftige Rezipieren anderer Medien, aber auch die Auswahl, die die Agenturen treffen, führt jedoch dazu, daß wenige Kanäle bestimmte Ereignisse oder Entwicklungen prägen und sie zu Themen machen. Nur so ist zu erklären, warum es so absurde Themenkonjunkturen gibt. In einem Jahr berichten alle aufgeregt über das Waldsterben, dann ist das Thema weg - und der Wald stirbt ohne Berichterstattung weiter. Ab und zu gibt es bei der taz noch Relikte eines eigenen Zugangs zu Informationen. Mitunter kommt es noch vor, daß Initiativen oder politische Gruppen aufgefordert werden, Berichte über ihre Arbeit abzugeben. Im wesentlichen bewegt sich inzwischen auch die taz-Redaktion in selbstreferentiellen Scheinwelten.

Andererseits gibt es ein Überangebot an Informationen. Doch Informationen dürfen nicht zu sehr beunruhigen. Texte, die allzusehr erschüttern und das Publikum zwingen, tagelang darüber nachzudenken, sind für Medien - wirtschaftlich gesehen - unsinnig. Informationen müssen konsumabel sein. Sie müssen schnell vergessen werden, damit weiter konsumiert und neue Informationen aufgenommen werden können.

Die Macht der Medien wird überschätzt

RM: Die Rolle der Medien in fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften besteht heute darin, das politische System zu beobachten, Entscheidungen der Politik zu kommentieren und Unregelmäßigkeiten gegebenenfalls aufzudecken.

Ist das die Aufgabe der Medien damit hinreichend beschrieben? Ist es ihre Funktion, das politische System zu belagern und es unter Entscheidungsdruck zu setzen? Sollten sich Medien

der normativen Erwartung einer Bürgergesellschaft beugen und sich zum "Mandatar eines aufgeklärten Publikums" (Habermas) erklären.

RM: Die Kontrollfunktion der Medien ist sehr wichtig. Das politische System in der Bundesrepublik neigt weniger zur Korruption als andere, aber die scharfe Beobachtung der Kollusion zwischen Wirtschaft und Politik ist dennoch notwendig.

Im Konkurrenzkampf der Medien sehe ich das weit größere Problem. Skandalchen werden zu Skandalen gemacht und entscheidende Fragen - für mich vor allen anderen die Ökologie - gehen bei diesen inflationären Enthüllungen unter. Kritische Journalisten verschleißen sich beim akribischen Nachweis über zu großzügig abgerechnete Spesen. Ein Politiker muß vielleicht daraufhin zurücktreten und wird durch einen anderen ersetzt, der dieselbe Politik fortsetzt, strukturell ändert sich aber nichts. Der Prozeß der Aufklärung der Gesellschaft kommt nicht voran.

Deshalb ist die Kontrollfunktion der "vierten Gewalt" zwar wichtig, aber die Medien können sich nicht darin erschöpfen. Das Publikum ermüdet ab einem bestimmten Punkt und fragt sich, ob diese Politikeraffären überhaupt etwas mit ihrer Lebenswelt zu tun haben. Ich bezweifle auch sehr, ob dies die entscheidenden Fragen sind, deren Beantwortung diese Gesellschaft voranbringen und Lösungen für die Krisen in dieser Gesellschaft bringen.

RM: Civil society ist ein aus dem Osten importierter Begriff, der vielfach das Erbe des verlustig gegangenen gegenöffentlichen Projekts angetreten hat.

Kann er das überhaupt? Sind "zivilgesellschaftliche Akteure" - ich denke hier auch an politische Minderheiten und die PC-Debatten - in der Lage, vermachete Kommunikationsstrukturen aufzubrechen und sie zum Vibrieren zu bringen?

MS: Dieses Anti-PC Gerede und Geschreibe in Deutschland ist durch große Unkenntnis geprägt. Die taz ist ein Sprachrohr von Minderheiten in der Debatte um die multikulturelle Gesellschaft. Auch in der taz gab es eine Zeitlang Gesinnungspolizistentum. Zeitungsmacher haben die Verantwortung, sensible Themen behutsam anzugehen und sich selbstkritisch zu fragen, ob Satire alles darf und bestimmte Begriffe nicht verwendet werden sollten. Journalisten reflektieren kaum über ihre Sprache, sie machen sich keine Gedanken über die Begriffe, die sie prägen, über die Emotionen, die sie transportieren, und die Wertungen, die sie abgeben. Diesen Anspruch muß man aber an sie stellen. In der taz gab es bisweilen die Neigung, das Publikum zu bevormunden. Kritische Positionen wurden hin und wieder hinausgedrängt, um bestimmte Begrifflichkeiten und moralische Wertungen zu etablieren. Immer wieder haben Kolleginnen und Kollegen, die eher linksradikale, fundamentalistische oder traditionell linke Positionen vertraten, die Redaktion verlassen, weil sie den Eindruck hatten, daß sie ihre Ideen nicht durchsetzen konnten. Am moralischsten und härtesten wurden die Diskussionen allerdings, wenn es um Sexismus ging.

RM: Verdeckt nicht das Phantasma vom kritischen Korrektiv autonomer Öffentlichkeiten - wir sprachen vorhin von den Skandalen und Affären von Politiker - den dahinterliegenden Medienverbund? D. h. verdunkelt mitunter nicht die rasonnierende Zivilgesellschaft genau da, wo auf dem offenen Markt über Gegenstände verhandelt wird? Handelt es sich demnach bei der Idee von Öffentlichkeit nicht um eine bloße Chimäre, die das aufgeklärte Bewußtsein heimgesucht hat?

MS: Journalisten reden zwar ständig von der Öffentlichkeit, einen Begriff davon haben sie in der Regel nicht. Sie sind in ihrer großen Mehrheit mehr oder weniger gute Handwerker: Pro-

duzenten von Gebrauchstexten, die ins Vage einer wenig bekannten Leserschaft produziert werden; sie sind nicht Kommunikationstheoretiker und Philosophen. Ich möchte allerdings auch nicht beständig eine Zeitung lesen, die ausschließlich von letzteren gemacht würde - wobei diese Spezies ohnehin wohl unfähig wäre, eine Tageszeitung zu produzieren. Eine einzige Öffentlichkeit gibt es ohnehin nicht mehr. Durch die Parzellierung und Diversifizierung der Medienlandschaft in den letzten zehn Jahren zerfällt diese in immer größere Teilöffentlichkeiten. Auf der Erscheinungsebene könnte man den Eindruck einer ungeheueren Vielfalt der Medien bekommen. Für jedes abseitige Hobby gibt es inzwischen ein special interest Magazin. Sogenannte general interest Objekte haben es immer schwerer, sich am Markt zu behaupten.

Allerdings werden die vielen Teilöffentlichkeiten zunehmend von immer weniger und immer größeren Konzernen kontrolliert. Auf sie übt die Werbewirtschaft einen gewissen Druck aus. Das Ergebnis ist, daß sich bestimmte Haltungen und Meinungen quer durch die allermeisten Medienprodukte ziehen und andere mehr oder minder subtil ausgegrenzt werden. Bei scheinbarer Vielfältigkeit dominiert eine Uniformität, die noch zunehmen wird.

RM: Nicht zuletzt von Politikern wird moniert, daß sich Medien längst nicht mehr auf die Funktion der Meinungsbildung oder kritischen Anmahnungen von Defiziten beschränken, sondern ihrerseits die Politik bestimmen. So gesehen wäre es nur konsequent, wenn sie wie im Falle Berlusconi gleich selbst und für alle sichtbar die Macht übernähmen.

MS: Das ist völliger Unsinn. Helmut Kohl ist seit 1982 Kanzler. Seit dieser Zeit versuchen linksliberale Medien wie der Spiegel, der Stern, die Zeit, die Frankfurter Rundschau oder die Süddeutsche Zeitung diesen Mann nach allen Regeln der Kunst wegzuschreiben. Tausende von Artikeln, vergeblich. Dieses Beispiel ist für mich schlagend. Medien können in bestimmten Situationen Stimmungen verstärken und Mehrheiten vergrößern, sie können aber nicht einen gesellschaftlichen Trend umkehren oder politische Machtverhältnisse auf den Kopf stellen. Durch entsprechende Enthüllungen und langwierige Recherchen können Sie einzelne Personen, die sich moralische oder strafrechtliche Verfehlungen zu Schulden haben kommen lassen, abservieren, wie im Fall Barschel geschehen. Medien haben ungeheuer viel Macht gegenüber einzelnen Menschen. Sie können Privatpersonen ruinieren, aber sie können beispielsweise Deutschland nicht in eine linksradikale oder wirklich grüne Gesellschaft verwandeln. Die Macht der Medien wird gerade von Journalisten gerne überschätzt. Da es sich um einen anstrengenden Beruf handelt, muß man sich wichtiger vorkommen als man ist und den Anschein erwecken, wirklichen Einfluß ausüben zu können. Tatsächlich ist die Macht aber sehr begrenzt. Politiker möchten eine feudale Hofberichterstattung haben. Aber wer sich in die Öffentlichkeit wagt und sich ständig bei den Medien "andienert", darf nicht nur Freundliches erwarten. Die Medienschelte von Politikern halte ich deswegen für verlogen und für leicht durchschaubar. Sie ist von ganz eindeutigen Interessen gelenkt.

Das Beispiel Berlusconi finde ich natürlich auch atemberaubend; wie sich via Fernsehen ein politisches Klima erzeugen und politische Machtverhältnisse beeinflussen lassen. Diese Entwicklung muß jeden, der Interesse an einer aufgeklärten Demokratie hat, Angst einflößen. Allerdings ist Berlusconi in einer extremen Krisensituation der politischen Klasse in Italien an die Regierung gekommen. Ob er mit seiner medialen Macht auch seine politische Macht wird halten können, wird sich erst noch zeigen.

RM: Viele fordern deswegen eine Einschränkung und Begrenzung der Macht der Medien, auch eine Selbstbeschränkung der Journalisten. Kürzlich ist ja von Lafontaines SPD ein Gesetz verabschiedet worden, das das Recht auf Gegendarstellung stärkt.

MS: Gegen die unaufhaltsame Konzentration der Medien müßte etwas getan werden. Große Printverlage dürften nicht an Fernsehsendern beteiligt sein und umgekehrt. Bald werden nur noch fünf oder sechs Konzerne die Medien in Deutschland beherrschen. Darum kümmern sich die Politiker nicht. Ihnen geht es nur um eine schonendere Behandlung. Auch wenn Lafontaine vom Spiegel in überzogener Art und Weise angegriffen worden ist, die Verabschiedung des neuen Pressegesetzes im Saarland als Reaktion darauf ist ein unglaublicher Vorgang.

Seriöse Zeitungen beschäftigen heute schon Redakteure, die andere Redakteure und Medien beobachten und kritisieren, wenn diese mit unlauteren Methoden arbeiten. Nur durch soziale oder mediale Ächtung bestimmter Praktiken kann man vielleicht für einen ethischen Mindeststandard im Journalismus sorgen. Ich glaube weder an staatliche Kontrollen noch an die freiwillige Selbstbeschränkung der Journalisten. Der Druck, hohe Auflagen oder Einschaltquoten zu erzielen, sorgt dafür, daß die Wahrheit zwangsläufig auf der Strecke bleibt.

Ende des Massenmediums - Zerfall der Öffentlichkeit?

RM: Sie haben vorhin schon auf die segmentierten und tribalistisch sich organisierenden Öffentlichkeitsformen hingewiesen. Mit Blick auf die anstehenden Vervielfältigung der Kommunikationskanäle rechnet so mancher Beobachter mit dem baldigen Zerfall des klassischen Massenmediums. Was bedeutet dieser Zerfall klassischer Öffentlichkeiten für die taz? Ihren Dinosauriertod?

MS: Nein! Die taz ist als Intelligenzia-Blatt nicht so sehr der Konkurrenz mit den elektronischen Medien ausgesetzt. Sie hat eine überdurchschnittlich gebildete Leserschaft, die ein relativ umfassendes politisches, gesellschaftliches und kulturelles Interesse mitbringt. Und sie ist zudem in der Lage, eine Modernisierung in kürzester Zeit mitzuvollziehen. Die Reform des Lay-out hat vom Wettbewerb für die Graphiker bis zur Umsetzung in der Zeitung nur drei Monate gedauert. Die Frankfurter Rundschau hat beispielsweise dafür fünf Jahre gebraucht. Technisch wird die taz extrem avantgardistisch gemacht. Die Gefahr einer Erstarrung besteht bei der taz nicht. Die ständige Fluktuation von Mitarbeitern verhindert das.

RM: Und für die Demokratie und das Bewußtsein seiner Bevölkerung?

MS: Medien nehmen keine eigenständige Entwicklung, sondern spiegeln immer auch die sich differenzierenden Interessen und Bedürfnisse des Publikums wieder. Sicherlich ist es bedrohlich, kaum mehr einen medialen Ort zu haben, wo wichtige Fragen des Gemeinwohls diskutiert werden oder darüber informiert wird. Auf der anderen Seite sorgen große Themen und dramatische Ereignisse wie Arbeitslosigkeit oder die krisenhafte Zuspitzung der Umweltsituation dafür, daß sie in allen Medien verhandelt werden.

RM: Das Bild dafür ist der medial hochgerüstete kompetente Mediennutzer, der sich sein eigenes Informationspotpourri zusammensappt, eine eigene Lebenswelt mit spezifischer Informations- und Kommunikationsstruktur ausbildet und durch seine Seßhaftigkeit die Umwelt mit Autoabgasen verschont.

MS: Diese Vorstellung von einer Gesellschaft, die sich aus dem additiven Nebeneinanderher von Individuen mit völlig unterschiedlichem Bewußtsein zusammensetzt und in der jeder in

seiner eigenen medialen, und dann sozialen und kulturellen Welt lebt, ist schrecklich. Matthias Horx beispielsweise singt dieses hohe Lied auf den souveränen Mediennutzer. Ich kann diese Euphorie nicht teilen. Es wird eher wahllos konsumiert. Die meisten Konsumenten haben keine klaren Interessen und versuchen diesen in den Medien nachzugehen, sondern schalten vor dem Fernseher ab. Der Prozeß der Verweigerung wird aber kommen. Das Publikum nimmt das nicht mehr ernst. Fernsehen und Rundfunk dienen allenfalls als Geräusch- oder Farbkulisse.

RM: Könnte dieser Zerfall des Medialen auch die Rückkehr zu Subjektivität und Intimität und damit zur vorindustriellen Gebrauchswertproduktion - natürlich im modernen Sinn - bedeuten?

MS: Also von vorindustrieller Gebrauchswertproduktion will ich hier gar nicht reden. Zunächst sehe ich eine Medienmüdigkeit kommen. Nach der Politik- oder Politikermüdigkeit kommt die Medienmüdigkeit. Der Ruf der Branche wird in Mitleidenschaft gezogen. Ursprüngliches Ansinnen der taz war es, ein Medium zur Selbstvergewisserung und Verständigung untereinander zu schaffen. Der vitale soziale Zusammenhang und die interaktiven Prozesse in den Milieus haben eine große Rolle gespielt. Die Vorstellung, Medienkonsum oder Medien überhaupt könnten einmal wichtiger werden als die soziale Interaktion oder die kulturelle Betätigung wäre für uns ein Horror gewesen. Wir wollten eine Zeitung machen, die Menschen in Bewegung bringt, und das heißt auch zusammenbringt zur einfachsten und klassischen Form der Kommunikation, zum Reden und Zuhören. Das ist uns gelungen und gelingt der taz zwar immer weniger, aber immer noch. Wenn ich mir allerdings die generelle Entwicklung der Medien anschau, erwarte ich so gut wie nichts Positives. Es herrschen die Zensur des Marktes, die Nivellierung des Niveaus nach unten. Und bei aller Kritik an der taz bezweifle ich sehr, ob es jemals in Deutschland noch zur Gründung einer Zeitung mit ihren ursprünglichen Ansprüchen kommen wird. Es ist bedauerlich und auch langweilig, aber ich kann auch nur mit jenem Kulturpessimismus aufwarten, der alle Intellektuellen und Journalisten mit höheren Ansprüchen ergreift, wenn sie sich die Entwicklung der Medien in den letzten zehn Jahren vor Augen führen.